



AUSGABE 111
Oktober 2012

ANALYSEN & ARGUMENTE

Romney vs. Obama

WAS DAS ATLANTISCHE BÜNDNIS VOM
NÄCHSTEN US-PRÄSIDENTEN ZU ERWARTEN HAT

Patrick Keller

Am 6. November 2012 wählen die USA einen neuen Präsidenten. Diese Entscheidung hat weit reichenden Einfluss auf die Zukunft der internationalen Sicherheitspolitik. Daher analysiert und vergleicht dieses Papier die außen- und sicherheitspolitischen Positionen des Republikaners Mitt Romney und des Amtsinhabers Barack Obama (Demokrat). Es wird gezeigt, auf welche Politik sich die Verbündeten und Gegner der USA voraussichtlich in den nächsten Jahren einstellen müssen.

*Dieser Text erschien ursprünglich als Forschungspapier
des NATO Defense College, siehe unter:*

<http://www.ndc.nato.int/research/series.php?icode=1>

Übersetzung aus dem Englischen: RedKey Translations, Hannover.

Das Manuskript wurde am 9. September 2012 abgeschlossen.

Ansprechpartner

Dr. Patrick Keller

Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10

E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-944015-21-7



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | I. EINLEITUNG

4 | II. DIE ROLLE DER USA IN DER WELT

5 | III. VERBÜNDETE UND PARTNER

1) Die NATO	5
2) Israel	6

7 | IV. GEFAHREN UND HERAUSFORDERUNGEN

1) Iran	7
2) China	7
3) Russland	7
4) Dschihadistischer Terror	8

8 | V. FAZIT



I. EINLEITUNG

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist immer noch der einflussreichste aller weltpolitischen Akteure.¹ Trotz der Rede vom Untergang Amerikas und den aufstrebenden Großmächten, trotz der neuen Komplexitäten der Globalisierung und der wachsenden Bedeutung nichtstaatlicher Akteure, nimmt der US-Präsident weiterhin eine Sonderstellung ein. Als Lenker der stärksten aller Volkswirtschaften und Oberbefehlshaber der mächtigsten Streitkräfte seit Menschengedenken sowie Oberhaupt der ältesten Demokratie unserer Zeit prägt er mit seiner Einstellung und seinem Verhalten die Weltpolitik mehr als irgendein anderer dies könnte.

Umso verständlicher ist es, dass nicht nur die amerikanische Bevölkerung, sondern auch Verbündete der USA innerhalb der NATO und weltweit dem laufenden Wahlkampf große Beachtung schenken. Aufgrund der Stellung der USA als Erster unter Gleichen im Bündnis haben die Strategen der NATO-Mitgliedstaaten ein besonderes Interesse daran, den außen- und sicherheitspolitischen Standpunkt des künftigen Präsidenten zu kennen, weil sie daran ihre Planungen ausrichten müssen. Bei der Gegenüberstellung der Positionen Präsident Obamas und seines republikanischen Herausforderers Mitt Romney stoßen sie jedoch auf drei grundlegende Probleme.

Das erste ist allen Wahlkämpfen gemeinsam und könnte als „Cuomo-Problem“ bezeichnet werden. Dem ehemaligen Gouverneur von New York, Mario Cuomo, wird das Bonmot zugeschrieben, Politiker führten Wahlkampf in Lyrik, regierten jedoch in Prosa. Tatsächlich sind Wahlkampfreden und Wahlversprechen kaum ein geeigneter Indikator für die Politik eines Kandidaten, nachdem er ins Amt gewählt wurde. Dies trifft auf Erstkandidaten und Anwärter auf eine Wiederwahl gleichermaßen zu: Das Handeln Obamas während seiner ersten vier Jahre im Amt enthält Hinweise darauf, wie sein außen- und sicherheitspolitischer Ansatz im Falle einer zweiten Amtszeit aussehen könnte, bietet jedoch keine Gewissheit.

Die Diskrepanz zwischen Wahlkampfrhetorik und Regierungspolitik ist nicht zwangsläufig ein Zeichen von Heuchelei oder Unwissenheit. Vielmehr wird sie Politikern häufig durch unvorhergesehene Krisen aufgezwungen – man denke an George W. Bush, der noch im Wahlkampf *nation-building* ablehnte, bevor die USA unter seiner Führung zwei der größten derartigen Projekte aller Zeiten unternahm. Somit sind Informationen über die Position eines Kandidaten stets mit Vorsicht zu genießen – sie können dazu dienen, begründete Vermutungen aufzustellen, nicht aber die Zukunft vorherzusagen.

Das zweite Problem ist eine Eigentümlichkeit der Präsidentschaftswahl 2012: Die Außenpolitik spielt diesmal keine Rolle. Eine typische Umfrage im Februar dieses Jahres ergab, dass bei der Entscheidung für einen Kandidaten dessen Position zur „Wirtschaft“ für 92 % der Wähler „extrem wichtig“ oder „sehr wichtig“ und damit das Wahlthema Nummer eins ist.² Hinter „Wirtschaft“ folgen „Arbeitslosigkeit“ (82 %), „Das Haushaltsdefizit auf Bundesebene“ (79 %) und „Die 2012 verabschiedete Gesundheitsreform“ (75 %). „Terrorismus und innere Sicherheit“ erreichen nur Platz fünf (72 %) und weisen die größte Schere zwischen registrierten Wählern der Demokraten (67 %) und der Republikaner (81 %) auf. Speziellere Themen der Außen- und Sicherheitspolitik schafften es erst gar nicht auf die Liste, im Gegensatz zu wirtschaftspolitischen Themen wie „Steuern“ und „Die Kluft zwischen Arm und Reich“. Nach dem Rekord von über vierzig Monaten in Folge, in denen die Arbeitslosigkeit bei mehr als 8 % lag, sind die Prioritäten der US-Wähler keine Überraschung.

Entsprechend konzentrieren sich auch Obama und Romney im Wahlkampf auf ihre Rezepte zur Stärkung der Wirtschaft, Senkung der Arbeitslosigkeit und Überwindung der Schuldenkrise. Sie verlieren kaum ein Wort über Sicherheitspolitik, und niemand erwartet dies von ihnen. Schließlich wäre für den Herausforderer Romney jeder Tag, den er verstreichen ließe, ohne die katastrophale wirtschaftspolitische Bilanz des Amtsinhabers anzuprangern, ein verlorener Tag. Obama hingegen kann es sich nicht leisten, einige seiner außenpolitischen Erfolge ins Feld zu führen, da sie den meisten Wählern eher belanglos erscheinen. (Auch lassen sich einige dieser Erfolge wie der Tod Osama bin Ladens der linksgerichteten Stammwählerschaft Obamas schwer vermitteln.)

Dies macht es schwer, ein vollständiges und präzises Bild der außenpolitischen Zukunftsvisionen der Kandidaten zu zeichnen. Während 2008 detaillierte Aussagen zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak sowie zur allgemeinen Rolle Amerikas im Weltgeschehen bei jedem Wahlkampftermin zum Pflichtprogramm gehörten, ist man heute darauf angewiesen, hier und da ein Häppchen aufzuschnappen – und dann im Kaffeesatz zu lesen.

Das dritte Problem ergibt sich aus dem zweiten und betrifft die inhärente Verschommenheit weiter Teile des Romney-schen Wahlkampfes: Selbst wenn er auf die Außenpolitik zu sprechen kommt, bemüht er sich selten um eine klare Abgrenzung seines Ansatzes von dem Obamas. David Brooks, ein konservativer Kommentator der *New York Times*, formulierte es so: „Mitt Romney betreibt den unprogramatischsten Wahlkampf, den ich je gesehen habe. Die Repu-



blikaner produzieren ununterbrochen Vorschläge nur damit Romney beschließen kann, diese nicht zu propagieren."³ In dieser Wahlkampfperiode hielt Romney zwei große Reden, die ausschließlich dem Thema Außen- und Sicherheitspolitik gewidmet waren. Beide schöpften ausgiebig aus Romneys Sammlung außenpolitischer Positionen, die auf seiner Internetseite unter der Überschrift „Ein amerikanisches Jahrhundert“⁴ zu finden sind. Wie in Wahlkämpfen üblich enthalten diese Positionen viel Rhetorik und wenig Konkretes. Besonders was die Außen- und Sicherheitspolitik angeht, scheint Romneys Wahlkampfteam sich mit einem klaren Gegenentwurf zum amtierenden Präsidenten schwer zu tun – oder verzichtet bewusst darauf, um die Aufmerksamkeit nicht von Wirtschaftsbelangen abzulenken.

Dies veranlasst einige Beobachter wie Aaron Miller von *Foreign Policy* zu der Einschätzung, die außenpolitischen Standpunkte der beiden Kandidaten seien schlichtweg ununterscheidbar: „Im Prinzip sind sie derselbe Mann.“⁵ Zwar mag diese Beschreibung ein Stück zu weit gehen, doch spiegeln beide Kandidaten den dreifachen Konsens der US-Außenpolitik in der Ära nach George W. Bush. Erstens: Die amerikanische Volkswirtschaft auf Vordermann bringen – dies ist die Grundlage für alles andere. Zweitens: Unmittelbare Bedrohungen amerikanischer Interessen beseitigen (z. B. das Töten von Terroristen mithilfe von Drohnen oder Sabotage am iranischen Atomprogramm durch Cyber-Angriffe). Drittens: Laufende Kriege möglichst schnell beenden und größere neue militärische Konflikte vermeiden. Über diese drei Grundprinzipien sind sich Obama und Romney einig.

Trotz der genannten Probleme lohnt sich eine nähere Auseinandersetzung mit den Einstellungen und Auffassungen, die beide Kandidaten zu Themen der internationalen Sicherheitspolitik äußern (in Abgrenzung zur viel umfangreicheren Thematik der Außenpolitik insgesamt). Das Material mag begrenzt sein, insbesondere was die praktischen Unterschiede beider Ansätze betrifft, doch eine Analyse der Reden, Schriften und Berater beider Kandidaten wird dennoch einige Einsichten über die zu erwartende Politik des nächsten US-Präsidenten liefern. Hierbei konzentriert sich der vorliegende Aufsatz vornehmlich auf die Ansichten Mitt Romneys, da dieser – um ein dem Kontext entrissenes Zitat Donald Rumsfelds zu benutzen – der „bekannte Unbekannte“⁶ ist: Denn anders als der Präsident und Nobelpreisträger Barack Obama, der in vier Amtsjahren seinen sicherheitspolitischen Stil vorführen konnte, ist Romney in dieser Disziplin eher ein Neuling. Die folgende Analyse wird Obamas Positionen daher hauptsächlich als Schablone einsetzen, um Romneys Ansichten herauszuarbeiten. Die anschließende Bewertung wird dann hoffentlich beiden Kandidaten gleichermaßen gerecht werden.

II. DIE ROLLE DER USA IN DER WELT

Der Titel Romneys außenpolitischen Programms, „Ein amerikanisches Jahrhundert“, spielt auf Henry Luces berühmten Ausspruch über die sich abzeichnende Vormachtstellung der USA im 20. Jahrhundert an. Tatsächlich lehnt Romney die Vorstellung eines unabwendbaren Niedergangs der USA ab und erklärt stattdessen: „Niedergang ist eine freie Entscheidung.“⁷

Wenn nur der richtige politische Weg eingeschlagen werde, könnten die USA weiterhin führende Weltmacht bleiben, so Romney. Daher will er die „drei Grundpfeiler der amerikanischen Macht wiederherstellen: starke Werte, eine starke Volkswirtschaft und ein starkes Militär.“⁸ Glaubt man Romney, so ist hierfür kaum mehr erforderlich als „Entschlossenheit“, „Klarheit“ und „Stärke“. Dieser drei Substantive bedient er sich wiederholt, um seinen eigenen Ansatz zu beschreiben.

Die Vorstellung eines starken Amerika, das die Führerschaft übernimmt, ist ein integraler Bestandteil von Romneys außenpolitischer Perspektive. Amerikas Dominanz sieht er nicht nur für das Land selbst, sondern für die ganze Welt als Vorteil: „Ist Amerika stark, so ist die Welt sicherer.“⁹ Eine solche Weltordnung fördere zudem liberale Werte und Wohlstand. So beschreibt Romney sich als „uneingeschränkter Anhänger der Größe Amerikas. Ich schäme mich nicht für die Macht Amerikas. Für mich ist Amerika nicht einer von vielen Punkten auf der strategischen Landkarte oder einer von vielen Polen, die im Gleichgewicht gehalten werden müssen. Ich glaube, dass unser Land die größte Kraft im Dienste des Guten ist, welche die Welt je gesehen hat, und dass unser Einfluss mehr denn je gebraucht wird.“¹⁰ Romney verfiert mit anderen Worten die Idee von Amerika als „außergewöhnliches Land, dessen Schicksal und Rolle in der Welt einzigartig sind.“¹¹ Barack Obama hingegen wirft er vor, dieses Vermächtnis aufs Spiel zu setzen und die Führungsrolle der USA abzuwerten.

In der Tat ist es charakteristisch für Präsident Obamas Außenpolitik, jeden Anflug nationalistischer Großspürigkeit zu vermeiden. Ein Beispiel hierfür ist seine vielzitierte Aussage über den *Exceptionalism*, die Sonderstellung Amerikas in der Welt: „Ich glaube an Amerikas Einzigartigkeit, so wie die Briten an die Einzigartigkeit Großbritanniens und die Griechen an die Einzigartigkeit Griechenlands glauben.“¹² Dies kann als Versuch aufgefasst werden, den Schaden zu reparieren, den die angeblich chauvinistische Außen- und Sicherheitspolitik der Bush-Regierung auf diplomatischer Ebene angerichtet hat. Bemerkenswerter ist jedoch, dass Obamas Relativierung der amerikanischen Sonderrolle zur Zurückhaltung beim Einsatz harter und weicher Machtmittel



in internationalen Krisen führt. So war Obama nicht bereit, in Libyen militärische Gewalt einzusetzen, bis ihn seine britischen und französischen Bündnispartner sowie seine eigenen Berater mit Nachdruck dazu drängten. Ebenso weigert er sich, in den syrischen Bürgerkrieg einzugreifen, wohingegen Romney eine Bewaffnung der Rebellen fordert. Und als nach dem jüngsten Wahlbetrug im Iran die Bevölkerung auf den Straßen Teherans demonstrierte, zögerte der US-Präsident selbst mit einer halbherzigen Botschaft der Unterstützung und Ermutigung, um sich nicht dem Vorwurf der Einmischung auszusetzen.

Allerdings sollte man die Verschiedenheit der Ansichten beider Kandidaten über Amerikas Rolle in der Welt nicht überschätzen. Obamas nüchterne Rhetorik und sein Herunterspielen der Bedeutung Amerikas könnten durchaus das Ergebnis praktischer Erwägungen und nicht Ausdruck eines fundamentalen philosophischen Unterschieds sein. Da sich die kostspieligen und enttäuschende Kriege in Afghanistan und im Irak ihrem Ende nähern, im Land selbst eine schwere Wirtschaftskrise herrscht und die Öffentlichkeit neuen Verwicklungen im Ausland höchst skeptisch gegenübersteht, mag Obamas Neubewertung der US-Führerschaft in Angelegenheiten der internationalen Sicherheitspolitik klug und vielleicht der einzig gangbare Weg sein. Als Kandidat ist Mitt Romney frei von der Verantwortung eines Amtes und kann in Reden von nationalem Glanz, weltpolitischer Führungsrolle und moralischer Verantwortung schwelgen. Doch wie im Folgenden zu zeigen sein wird, geht seine hochtrabende Rhetorik der Stärke und Entschlossenheit keineswegs mit einem konkreten Politikwechsel einher.

Das Spannendste an Romneys Rhetorik zur Rolle Amerikas auf der Weltbühne ist wohl die stilistische und inhaltliche Nähe zu den Schriften Robert Kagans. Das neueste Buch des Publizisten, „The World America Made“, ist ein neokonservativer Aufschrei gegen die Propheten des Niedergangs und die Befürworter einer geringeren Präsenz der USA im Ausland.¹³ Tatsächlich wird Kagan auf Romneys Wahlkampf-Internetseite als einer von mehreren „Sonderberatern“ zur Außenpolitik und nationalen Sicherheit genannt.¹⁴ Ein Großteil dieser Berater, darunter Eliot Cohen, Eric Edelman und Daniel Senor sind für neokonservative Ansichten bekannt. Aufmerksamkeit erregt besonders der Einsatz John Boltons, des umstrittenen UN-Botschafters unter George W. Bush, als Fürsprecher Romneys bei Wahlkampfveranstaltungen.

Dennoch darf man hieraus nicht den Schluss ziehen, Romney identifiziere sich eins zu eins mit neokonservativem Gedankengut und dessen Vertretern. Sein außenpolitisches Team enthält auch prominente Realisten wie Robert Zoellick, der designt ist, den personellen Aufbau der Regierung

Romney im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu leiten. Die mangelnde Hierarchie im Beraterstab – Romney besitzt keinen Hauptexperten für Außenpolitik, der ihn auf Reisen begleitet und mit Journalisten spricht – lässt Romneys Vision umso schemenhafter wirken. Schlimmer noch, angesichts der zahlreichen Berichte, nach denen das außenpolitische Team „übergangen wird und verzweifelt versucht, sich in einem Wahlkampf Gehör zu verschaffen, der offenbar kein anderes Ziel hat, als Obamas Wirtschaftspolitik zu verdammen“¹⁵ scheint fraglich, inwieweit seine Berater die Ansichten des Kandidaten überhaupt beeinflussen.

III. VERBÜNDETE UND PARTNER

1) Die NATO

Für die Zukunft der NATO hat Mitt Romney keinen konkreten Plan vorgelegt. Überhaupt erwähnt er das Bündnis kaum. Kurz vor dem NATO-Gipfel 2012 veröffentlichte er jedoch einen Gastkommentar in der *Chicago Tribune* mit dem Titel: „Das Bündnis braucht mehr militärische Macht“¹⁶. Der Artikel dreht sich um zwei Gedanken: Damit die NATO erfolgreich ist, müssen die USA ihre Führungsrolle erfüllen und die Europäer mehr Lasten tragen als bislang. „Ein Bündnis, das nicht mehr von militärischer Stärke und der Führung der USA untermauert ist, könnte bald nur noch dem Namen nach bestehen.“¹⁷ Anhand dieses Artikels und seiner Reden lässt sich Romneys Meinung zur NATO in fünf Punkten zusammenfassen:

Erstens ist der Hauptzweck der NATO nicht mehr die territoriale Verteidigung allein. Der Schutz der westlichen Sicherheitsinteressen im 21. Jahrhundert erfordert, auch an entfernten Schauplätzen wie Afghanistan und Libyen Stärke zu demonstrieren und für Stabilität zu sorgen. Die gegenwärtigen inneren Gegebenheiten (wirtschaftlicher und politischer Art) setzen einer weit reichenden Auslegung der Sicherheitsinteressen Grenzen und erschweren ihre Umsetzung, ändern aber nichts an der Logik internationaler Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung. Hierin sind Romney und Obama im Prinzip einer Meinung.

Zweitens kann die NATO nur unter der politischen und militärischen Führung der USA effektiv sein. Romney wendet sich entschieden gegen Obamas Vorgehen in Libyen, das zuweilen als „Führung von hinten“¹⁸ bezeichnet wird. Romneys Ansicht nach sollten die USA ihre europäischen Bündnispartner bei der Bekämpfung von Krisen in deren Umfeld nicht allein lassen. Da die europäischen Mitgliedstaaten ohnehin auf die militärische Unterstützung der USA angewiesen seien, sollten letztere sich auch nicht scheuen, die politische Führung zu übernehmen.



Drittens verspricht Romney, „Obamas Kürzungen des Verteidigungsetats aufzuheben und eine Mindesthöhe von 4 % des BIP für den Kernhaushalt des Pentagon festzulegen.“¹⁹ Auf diese Weise sollen die Kapazitäten aufrechterhalten werden, die eine solche Führungsrolle erfordert. Da sich die Verteidigungsausgaben inklusive der Kosten für laufende Operationen derzeit auf etwa 4,8 % des BIP belaufen, richtet sich Romneys Forderung (die er erstmals bei den Vorwahlen 2008 erhob) vor allem gegen geplante Kürzungen der nächsten Jahre.²⁰

Viertens ruft Romney die europäischen Bündnispartner auf, mehr in ihre Militärkapazitäten zu investieren – oder zumindest die bestehenden effizienter zu nutzen. Er pflichtet den düsteren Warnungen von Barack Obamas ehemaligem Verteidigungsminister Robert Gates bei, der in seiner Abschiedsrede in Brüssel prophezeite, eine Zweiklassengesellschaft innerhalb der NATO sei zum Scheitern verurteilt, da solch ein Bündnis kaum Wert für die USA habe.²¹ Ähnlich scharf kritisiert Romney – ebenso wie Obama und Mitglieder seiner Regierung – den Umgang der EU mit der Euro-Schuldenkrise. Im Gegensatz zu Obama fordert er jedoch keine größeren staatlichen Konjunkturprogramme, sondern macht Europas aufgeblähte Sozialsysteme für die Krise verantwortlich. Faktisch, so argumentiert Romney, lagerten die Europäer die Kosten für ihre Verteidigung an die USA aus, während sie gleichzeitig den Komfort hoher Sozialleistungen genossen. Aus wirtschaftlicher Sicht und wegen der unfairen Lastenverteilung sei dieses Modell nicht länger tragbar.

Fünftens verpflichtet sich Romney, „möglichst bald ein voll funktionsfähiges Raketenabwehrsystem in Osteuropa zu installieren“²². Er kritisiert Obamas Aufgabe der unter Bush geplanten Errichtung von Raketenabwehrbasen in Polen und Tschechien als Kniefall vor Russland, bei dem noch dazu Bündnispartner „schäbig“²³ behandelt und „Freunde plötzlich im Stich gelassen“²⁴ wurden. Dabei billigt Romney zwar das flexible Phasenmodell („Phased Adaptive Approach“) der Regierung Obama, besteht aber auf einer zügigen Abfolge aller Phasen, um eine „Abschreckung und Abwehr atomarer Angriffe auf unser Heimatland und unsere Bündnispartner zu schaffen“²⁵. Auch „behält er sich vor, zu Präsident Bushs schnellerem Plan zurückzukehren, falls Iran größere Fortschritte bei der Entwicklung von Langstreckenraketen machen sollte, oder die neuen Technologien, auf die sich der aktuelle Plan stützt, nicht früh genug realisierbar sind.“²⁶ Angesichts des hohen technischen Aufwands bei der Installation eines Raketenabwehrschirms erscheint eine gleichzeitige Umsetzung der Modelle von Bush und Obama teuer und unrealistisch. Doch wenigstens in einem Punkt lässt Romney keine Zweifel aufkommen: Er will „Russland jegliches Kontroll- oder Vetorecht über das System verweigern.“²⁷

2) Israel

Der offenkundigste Unterschied zwischen Obamas und Romneys außenpolitischen Standpunkten ist ihre Einstellung gegenüber Israel und dem arabisch-israelischen Konflikt. Obama sorgte bereits im Wahlkampf 2008 für Unmut, als er sich widersprüchlich zum Status Jerusalems als ungeteilte Stadt äußerte. Zu Beginn seiner Amtszeit verärgerte er Israel erneut, indem er die Regierung Netanjahu anhielt, den Siedlungsbau im Westjordanland und in Ostjerusalem einzustellen – als Vorbedingung einer Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen. Schließlich musste Obama einlenken, aber sein Verhältnis zu Netanjahu ist zerstört, und damit jegliche Hoffnung auf produktive Friedensverhandlungen der drei Parteien unter ihrer jetzigen Führung.

Demgegenüber ist Romney viel eher ein traditioneller Freund Israels: „Nie wieder soll sich die Stimme des Präsidenten der Vereinigten Staaten in den [gegen Israel gerichteten] Chor der Anschuldigungen, Drohungen und Beleidigungen bei den Vereinten Nationen mischen.“²⁸ Schwerlich wird Romney Obamas Versuch wiederholen, die israelische Regierung zu Verhandlungen mit den Palästinensern zu drängen, denn er ist davon überzeugt, dass Frieden nur durch eine freiwillige Annäherung beider Seiten möglich ist. Dann und nur dann könnten die USA den Prozess unterstützen. Allerdings ist Romney bereit, die Palästinenser stärker unter Druck zu setzen, falls diese sich unwillig zeigen. Wie der Wahlkampfbroschüre zu entnehmen ist, wird Romney als Präsident „den Palästinensern klar zu verstehen geben, dass ihr Versuch, im Alleingang Entscheidungen zu fällen, die Gegenstand der Abschlussverhandlungen sein müssen, nicht zu dulden ist. Die Vereinigten Staaten werden ihre Hilfen für die Palästinenser verringern, wenn diese weiterhin nach Anerkennung durch die Vereinten Nationen streben oder eine Einheitsregierung mit der Hamas bilden, einer Terrorgruppe, deren Ziel die Zerstörung Israels ist.“²⁹

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Obama-Regierung selbst die Bemühungen Palästinas um einen eigenen Staat mit der Drohung zu Fall brachte, bei der UN ein Veto einzulegen. Auch andere Grundprinzipien wie die Bewertung von Israels Sicherheit als nationales Interesse der Vereinigten Staaten und die Befürwortung von Verhandlungen mit dem Ziel einer Zweistaatenlösung sind beiden Kandidaten gemeinsam. Dennoch unterscheiden sich die Kandidaten in ihrem Stil, wobei Romney die Unterstützung Israels mehr am Herzen zu liegen scheint. Dafür spricht auch seine Darstellung des iranischen Atomprogramms als überlebensgefährdende Bedrohung für Israel, die im nächsten Abschnitt erörtert wird.



IV. GEFAHREN UND HERAUSFORDERUNGEN

In seinem 2010 erschienenen Buch *No Apology: The Case for American Greatness* macht Mitt Romney drei Hauptgefahren für die Interessen und die Sicherheit der USA aus: Die Aufrüstung Chinas, den Einflussgewinn Russlands, insbesondere in den ehemaligen Sowjetrepubliken, und den globalen Dschihadismus.³⁰ Im Laufe des Wahlkampfes fügte er dieser Liste auch das iranische Atomwaffenprogramm hinzu: „Nichts könnte unsere Welt heute mehr bedrohen als Atomwaffen in den Händen der Ayatollahs in Teheran.“³¹

1) Iran

Wie bereits die Präsidenten Obama und George W. Bush hat Mitt Romney zu Protokoll gegeben, es sei „inakzeptabel“³², dass Iran in den Besitz von Atomwaffen gelange. Und ebenso wenig wie Obama oder Bush schließt er eine militärische Intervention aus, wenn sich dies nicht anders verhindern ließe. Romney bezweifelt jedoch, dass die Regierung Obama hiermit Ernst machen würde. In einer Fernsehdebatte im November 2011 erklärte er: „Wenn wir Barack Obama wiederwählen, dann wird Iran die Atombombe bekommen. Wenn ich zum Präsidenten gewählt werde, bekommt Iran keine Atombombe.“³³

Ungewiss bleibt jedoch, was genau Romney anders machen würde als Obama. Seine Wahlkampfbroschüre zählt diverse Maßnahmen auf – von „härteren Sanktionen“ bis zu einer verstärkten Präsenz der US-Flotte im östlichen Mittelmeer und im Persischen Golf – geht aber nicht soweit, Militärschläge zu billigen oder Unterstützung für israelische Operationen zuzusagen.³⁴ Bedenkt man, dass die Regierung Obama das Sanktionsarsenal verschärft und die versteckten Angriffe auf das Atomprogramm ausgeweitet hat, so bedeuten Romneys Vorschläge keine Abweichung vom aktuellen Kurs.

Die Äußerungen der Kandidaten legen nahe, dass keiner daran glaubt, einen atomar bewaffneten Iran, einschließlich eines „quasi-nuklearen“ Irans, der jederzeit zur Herstellung atomarer Sprengköpfe fähig wäre, wirksam abschrecken zu können. Somit ist ein militärischer Konflikt wahrscheinlich, falls Sanktionen und andere Maßnahmen das iranische Regime nicht von seiner derzeitigen Politik abbringen können.

2) China

Auch wenn es um China geht, wartet Mitt Romney eher mit Hardliner-Rhetorik als mit konkreten Vorschlägen auf. Er wirft China Wechselkursmanipulationen und Urheberrechts-

verletzungen vor und fordert, mit Handelssanktionen zu kontern. Wie diese umzusetzen sind und wie er die Auswirkungen auf die US-Wirtschaft und die politischen Beziehungen zu China auffangen will, bleibt ein Rätsel.

In Fragen der Sicherheitspolitik gegenüber China orientiert Romney sich an seinem Berater Aaron Friedberg, einem Professor in Princeton und ehemaligen Referenten für nationale Sicherheit im Büro des Vizepräsidenten Richard Cheney. Friedberg vertritt die Strategie des „Congagement“, einer Mischung aus *Containment* (Eindämmung) und *Engagement* (Einbindung).³⁵ Während die gegenseitige Bindung beider Großmächte wirtschaftlich notwendig sei, müssten die USA gleichzeitig auch gewisse Grenzen ziehen, um zu verhindern, dass Chinas Aufstieg die Region destabilisiere. Darunter fällt auch eine größere Präsenz des US-Militärs im asiatisch-pazifischen Raum und die Versicherung gegenüber Freunden und Bündnispartnern in der Region, dass die USA sich einem dominanten Verhalten Chinas entgegenstellen würden. Dementsprechend verspricht Romney beispielsweise, Taiwan mehr Waffen zu verkaufen.

Damit bekennt sich Romney zu Barack Obamas „Pivot Asien“, d. h. zu einer stärkeren Konzentration auf die Region, auch in militärstrategischer Hinsicht. Andererseits wirft er dem Präsidenten eine zu schüchterne Politik vor und koppelt diese Kritik an seine allgemeine Haltung zu den Verteidigungsausgaben: „Präsident Obama hat uns auf den besten Weg zu einer Aushöhlung unserer Streitkräfte“³⁶ und „einer unterlegenen US-Marine im Pazifik“³⁷ gebracht. Romney verspricht, noch in den ersten hundert Tagen seiner Amtszeit die Fertigung von Marineschiffen von neun auf fünfzehn pro Jahr aufzustocken, um Chinas Aufrüstung etwas entgegenzusetzen und die Seewege für den internationalen Handel freizuhalten.³⁸

3) Russland

Einige der bemerkenswertesten Wahlkampfaussagen von Mitt Romney beziehen sich auf Russland. So erklärte er in einem Fernsehinterview: „Russland [...] ist zweifellos unser geopolitischer Feind Nummer eins.“³⁹ Und in seiner Wahlkampfbroschüre verspricht Romney, „Obamas Neuanfang mit Russland zu beenden.“⁴⁰ („Reset the reset!“) In beiden Äußerungen kommt Romneys Überzeugung zum Ausdruck, dass Russland in internationalen Sicherheitsfragen für die USA mehr Gegner als Partner ist. Als Beleg für diese Ansicht führt er Russlands mangelnde Bereitschaft, eine strenge UN-Resolution gegen das syrische Assad-Regime zuzulassen, und seine bestenfalls widerwillige Unterstützung für Sanktionen gegen den Iran an. Obamas Politik des „Neuanfangs“, die Russland als ebenbürtige Macht ansieht, hält Romney



für eine gefährliche Verirrung – genauso wie das iranische Regime hätten die Machthaber in Russland die Öffnung nur dazu verwendet, ohne jede Gegenleistung ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Zu einer wirklichen Politikänderung könnte diese Einstellung vor allem im Bereich der Rüstungskontrolle führen. Romney war schon immer ein Gegner des New START-Vertrags und veröffentlichte sogar einen Kommentar, in dem er sich gegen die Ratifizierung durch den Senat aussprach.⁴¹ Folgerichtig verspricht er, die Umsetzung des Vertrags einer Revision zu unterziehen, falls er ins Weiße Haus einzieht. Darüber hinaus will er die europäischen Verbündeten weniger abhängig von russischen Energieträgern machen, etwa durch mehr technische Unterstützung für die Nabucco-Pipeline. Zudem plant er, durch Handelsabkommen und Bildungszusammenarbeit engere Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetstaaten Zentralasiens zu knüpfen. Wie oben erwähnt, hat er schließlich die Absicht, ohne Rücksicht auf Bedenken Russlands ein NATO-Raketenabwehrsystem durchzusetzen.

Abgesehen vom Tonfall unterscheiden sich diese Ansichten kaum von der Politik der Obama-Regierung, mit Ausnahme der Themen (nukleare) Rüstungskontrolle und Abrüstung. Vielmehr hat man den Eindruck, dass Obama im Umgang mit den sogenannten schwierigen Partnern in der Welt, darunter Russland, seine einschmeichelnde Taktik einseitiger Zugeständnisse alsbald gegen eine nüchterne diplomatische Realpolitik eingetauscht hat, in der das Prinzip von Leistung und Gegenleistung gilt.

4) Dschihadistischer Terror

Dschihadistische Terroristen, gescheiterte oder scheiternde Staaten, die ihnen Unterschlupf bieten, und Länder, die sie aktiv unterstützen (und ihnen möglicherweise gar Massenvernichtungswaffen in die Hände spielen): Diese Konstellation sieht Mitt Romney ähnlich wie George W. Bush als größte Gefahr für die Sicherheit der USA und des Westens, aber auch für gemäßigte islamische Länder und die Errungenschaften des arabischen Frühlings. Aufgrund der politischen und finanziellen Einschränkungen im Heimatland möchte Romney diese Terroristen jedoch mit Drohnenangriffen und verdeckten Operationen bekämpfen, anstatt in fremde Länder einzumarschieren. Da Barack Obama eben diese Politik verfolgt hat – und die Zahl der Drohnenangriffe auf Terroristen in Pakistan/Afghanistan sogar erhöht hat – bietet dieses Thema für Romney wenig Abgrenzungsspielraum. Die von Obama angeordnete Operation, bei der Osama bin Laden getötet wurde, hat seine Glaubwürdigkeit als Bekämpfer des Terrorismus gestärkt. Eine ähnliche Wirkung hatte seine Entscheidung, das Guantánamo-Gefängnis weiter zu

betreiben (beziehungsweise seine Unfähigkeit, es zu schließen). Der Kampf gegen den Terrorismus, gewöhnlich ein dankbares Profilierungsthema für republikanische Kandidaten, ist daher in dieser Wahlperiode weitgehend parteiübergreifender Konsens.

Auch hinsichtlich der Kriege im Irak und in Afghanistan hat Romney keine Alternative zu Obama im Angebot. Romney befürwortete zwar den Irakkrieg selbst und die zwischenzeitliche Truppenaufstockung, aber auch den Rückzug in diesem Jahr. Als Präsident würde er die Sicherheitslage neu bewerten, wohl kaum jedoch erneut erhebliche Truppenkontingente ins Land schicken.

In ähnlicher Weise warnte Romney vor einem überstürzten Truppenabzug aus Afghanistan und kritisierte Obamas Bemühungen um eine Einigung mit den Taliban: „Wir sollten mit den Taliban nicht verhandeln, sondern sie bezwingen. Wir gehen überall hin, wo sie sind, und bringen sie um“⁴². Nichtsdestotrotz stellte Romney sich hinter den NATO-Plan zum Abzug aller Kampftruppen bis Ende 2014 und bietet in seinen Wahlkampfmaterialien keine originellen Ideen zur Afghanistan- oder Pakistanpolitik. Wie bei anderen sicherheitspolitischen Themen auch, möchte Romney sich als der „härtere“ von beiden Kandidaten geben, schafft es aber nicht, diesen Anspruch durch konkrete Politikvorschläge zu unterfüttern. Das belegen auch seine fast verzweifelten Versuche, Kuba und Venezuela als Gefahren für die Interessen der USA hinzustellen.⁴³ Folglich darf man seine Rhetorik guten Gewissens als Wahlkampfgebell verbuchen, anstatt darin die Richtschnur für einen Politikwechsel zu sehen.

V. FAZIT

Welche Sicherheitspolitik können die NATO und die Welt also vom nächsten US-Präsidenten erwarten? Der vorangegangene Vergleich der Standpunkte Mitt Romneys und Barack Obamas lässt sich zu fünf Schlussfolgerungen verdichten:

Erstens: Wenn im Januar 2013 der nächste Präsident den Amtseid ablegt, ist in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA eher mit Kontinuität als mit Veränderungen zu rechnen. Wenngleich sich die Kandidaten in ihrer Grundausrichtung unterscheiden – Barack Obama ist ein liberaler Internationalist wie er im Buche steht, während Mitt Romney nationalistische, realpolitische und neokonservative Prinzipien in sich zu vereinen scheint – sind ihre Politikvorschläge einander verblüffend ähnlich. Im November können die Wähler in den USA zwischen zwei diametral entgegengesetzten Staatsverständnissen und wirtschafts- und steuerpolitischen Positionen wählen. Zwei klar unterscheidbare außenpolitische Programme stehen ihnen indes nicht zur Auswahl.



Zweitens: Wenn nicht ein unerwartetes Ereignis von der Dimension eines elften Septembers die Karten neu durchmischt, wird die Außen- und Sicherheitspolitik des nächsten Präsidenten sich stark nach innenpolitischen Parametern richten müssen. „Sparsamkeit“ und „Kriegsmüdigkeit“ sind die Schlüsselphänomene, die den Handlungsspielraum des Präsidenten in internationalen Angelegenheiten abstecken. Diese Einschränkungen gelten für beide Männer gleichermaßen, was sie in diesem Feld noch ähnlicher erscheinen lässt.

Drittens: Wenn überhaupt würden greifbare Veränderungen in der Sicherheitspolitik unter einem Präsidenten Romney sich auf eine Erhöhung des Verteidigungsetats (oder zumindest einen Verzicht auf weitere Kürzungen) und eine vor allem rhetorisch deutlicher zur Schau getragene harte Linie gegenüber schwierigen Partnern und Problemländern wie Russland, China, Iran, Nordkorea, etc. beschränken. So wie Obama sich um Distanz zu der aus seiner Sicht unilateralistischen und arroganten Politik der Bush-Jahre bemühte, wird auch Romney versuchen, sich von Obamas „Führung von hinten“ zu distanzieren. Romneys „Führung aus der ersten Reihe“, höchstwahrscheinlich in Form brüskierender Aussagen, könnte vor allem zu Beginn seiner Amtszeit Partner und Widersacher verärgern.

Viertens: Auch eine zweite Amtszeit Obamas könnte Veränderungen gegenüber den ersten vier Jahren mit sich bringen. Frei von jeder Sorge um eine Wiederwahl und mit seinem Platz in den Geschichtsbüchern im Sinn, könnte Obama, noch dazu wenn sich ihm innenpolitisch ein republikanisches Repräsentantenhaus und (sehr wahrscheinlich) ein republikanischer Senat in den Weg stellen, sein Heil in der Außen-

politik suchen, um hier sein Lebenswerk zu vervollständigen. Durchaus denkbar wäre, dass er sich auf seine eher idealistischen Anfänge rückbesinnt und beispielsweise sein Ziel des „Global Zero“, einer atomwaffenfreien Welt, weiterverfolgt, ohne Vorbedingungen mit Diktatoren spricht oder den Druck auf Israel erhöht, eine Einigung mit den Palästinensern zu erreichen. Zugegeben ist dies reine Spekulation, doch ein Präsident, der sich in seiner zweiten Amtszeit mehr der Außenpolitik zuwendet und risikobereiter ist, wäre keine Seltenheit.

Fünftens: Keiner der Kandidaten ist ein Isolationist, doch weder Obama noch Romney fühlen sich ganz dem Transatlantizismus verpflichtet. In seinen vier Amtsjahren hat Obama zu verstehen gegeben, dass er sich mehr als „Weltbürger“⁴⁴ denn als Bewahrer der transatlantischen Beziehungen sieht. Betont wurde diese Prioritätenverschiebung auch durch die vor kurzem getroffene Entscheidung, die diplomatische, wirtschaftliche und militärische Strategie der USA auf die asiatisch-pazifische Region auszurichten. Romney hat zwar zwei Jahre in Frankreich als mormonischer Missionar verbracht, doch das allein macht ihn nicht zu einem Sympathisanten des „Old Europe“. Seine Wahlkampfreise nach Großbritannien, Polen und Israel verdeutlicht, dass er alte Verbündete und bilaterale Beziehungen wertschätzt, dabei jedoch eindeutig die verlässlichen Freunde Amerikas in der George W. Bush-Ära bevorzugt. Obwohl die meisten Europäer von Obama und seiner Vernachlässigung der transatlantischen Freundschaft enttäuscht sind, scheinen sie sich mit der verblassenden Freundschaft arrangiert zu haben. Romney könnte sie seine Zuneigung mit mehr Strenge spüren lassen – nicht zuletzt durch endlose Predigten über ihre Verteidigungsetats.

- 1| *Der Autor dankt Aylin Matlé für ihre Hilfe bei der Recherche und Konzeption dieses Papiers.*
- 2| <http://www.gallup.com/poll/153029/economy-paramount-issue-voters.aspx>
- 3| David Brooks, „Dullest Campaign Ever“, *New York Times*, 30. Juli 2012. (<http://www.nytimes.com/2012/07/31/opinion/brooks-dullest-campaign-ever.html>)
- 4| Mitt Romney, „Remarks on U.S. Foreign Policy“, 7. Oktober 2011 in *The Citadel*, South Carolina. (<http://www.mittromney.com/blogs/mitts-view/2011/10/mitt-romney-delivers-remarks-us-foreign-policy>) (Im Folgenden zitiert als: *The Citadel*). Mitt Romney, „Address to The Veterans of Foreign Wars Conference“, 24. Juli 2012, Reno, Nevada. (<http://foxnewsinsider.com/2012/07/24/transcript-mitt-romneys-remarks-at-vfw-national-convention/>) (Im Folgenden zitiert als: *Veterans*) Team Romney, „Fact Sheet: Mitt Romney’s Strategy To Ensure An American Century“. (<http://www.mittromney.com/blogs/mitts-view/2011/10/fact-sheet-mitt-romneys-strategy-ensure-american-century>) (Im Folgenden zitiert als: *Fact sheet*) Dies ist die Kurzfassung eines ausführlicheren Artikels: http://www.mittromney.com/sites/default/files/shared/AnAmericanCentury-WhitePaper_0.pdf
- 5| Aaron David Miller, „Barack O’Romney“, *Foreign Policy*, 23. Mai 2012. (http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/05/23/barack_ormoney)
- 6| Donald Rumsfeld, *Pressekonferenz des US-Verteidigungsministeriums*, 12. Februar 2012. (<http://www.defense.gov/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=2636>)
- 7| *Fact sheet.*
- 8| *Ebd.*
- 9| *Ebd.*
- 10| *Veterans.*
- 11| *The Citadel.*
- 12| *Pressekonferenz Präsident Obamas vom 4. April 2009.* (http://www.whitehouse.gov/the_press_office/News-Conference-By-President-Obama-4-04-2009/) Um genau zu sein, fügte Obama hinzu, dass die US-Verfassung ein Grundgerüst aus „einzigartigen“ Werten enthalte und Amerika auch weiterhin eine „einzigartige“ Rolle in der Welt spielen müsse. Trotzdem bleibt er damit weit hinter Romneys bedingungslosem Bekenntnis zum „American Exceptionalism“ zurück.
- 13| Robert Kagan, *The World That America Made*, New York: Knopf 2012.



- 14| Übersicht der Berater Romneys zum Thema Außenpolitik und innere Sicherheit: <http://www.mittromney.com/blogs/mitts-view/2011/10/mitt-romney-announces-foreign-policy-and-national-security-advisory-team>
- 15| Eli Lake, „Romney’s Foreign-Policy Team: Anyone Home?“, *Daily Beast*, 2. Juli 2012. (<http://www.thedailybeast.com/articles/2012/07/02/romney-s-foreign-policy-team-anyone-home.html>)
- 16| Mitt Romney, „Reinforcing Alliance’s Military Might Is Vital“, *Chicago Tribune*, 19. Mai 2012 (<http://www.thedailybeast.com/articles/2012/07/02/romney-s-foreign-policy-team-anyone-home.html>)
- 17| Ebd.
- 18| Das Zitat erschien erstmals in Ryan Lizza, „The Consequentialist“, *The New Yorker*, 2. Mai 2011, und wird dort einem Mitarbeiter des Weißen Hauses zugeschrieben. (http://www.newyorker.com/reporting/2011/05/02/110502fa_fact_lizza) Obama selbst verwendete diesen Ausdruck nie, um seine Strategie zu beschreiben.
- 19| Fact sheet.
- 20| Daten der Weltbank zu Verteidigungsausgaben: <http://data.worldbank.org/indicator/MS.MIL.XPND.GD.ZS/countries>. Zu Romney’s Position bei den Vorwahlen 2008, vgl. Mitt Romney, „Rising to a New Generation of Global Challenges“, *Foreign Affairs*, Juli/August 2007.
- 21| Robert Gates, „The Security and Defense Agenda (Future of NATO)“, am 10. Juni 2011, in Brüssel, Belgien. (<http://www.defense.gov/speeches/speech.aspx?speechid=1581>)
- 22| Fact sheet.
- 23| Romney, „Reinforcing“.
- 24| Veterans.
- 25| Fact sheet.
- 26| Ebd.
- 27| Ebd.
- 28| Veterans.
- 29| Fact Sheet.
- 30| Mitt Romney, *No Apology: The Case for American Greatness*, New York: St. Martin’s Press 2010.
- 31| Veterans.
- 32| Fact sheet.
- 33| David E. Sanger, „Is There a Romney Doctrine?“, *New York Times*, May 12, 2012. (<http://www.nytimes.com/2012/05/13/sunday-review/is-there-a-romney-doctrine.html?pagewanted=all>)
- 34| Fact sheet.
- 35| Vgl. Aaron L. Friedberg, *A Contest for Supremacy: China, America, and the Struggle for Mastery in Asia*, New York: W.W. Norton 2011 sowie Aaron L. Friedberg, „Bucking Beijing“, *Foreign Affairs*, September/Oktober 2012.
- 36| Fact sheet.
- 37| *The Citadel*.
- 38| Vgl. Fact sheet.
- 39| Wolf Blitzer interviewt Mitt Romney auf CNN, 26. März 2012: <http://cnnpressroom.blogs.cnn.com/2012/03/26/romney-russia-is-our-number-one-geopolitical-foe/>
- 40| Fact sheet.
- 41| Mitt Romney, „Obama’s Worst Foreign-Policy Mistake“, *Washington Post*, 6. Juli 2010. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/07/05/AR2010070502657.html>
- 42| Singer, „Romney Doctrine“.
- 43| *The Citadel*.
- 44| Barack Obama, „A World that Stands as One“, am 24. Juli 2008, in Berlin, Deutschland. (<http://www.spiegel.de/international/germany/obama-s-berlin-speech-a-world-that-stands-as-one-a-567920.html>)